

Antrag „Und schon wieder #HUgegenStudis“

Antragstellende Liste: Linke Liste an der HU - LiLi

Antrag:

„Das Studierendenparlament der HU beschließt folgende Resolution:

Das Studierendenparlament solidarisiert sich mit allen studentisch Beschäftigten, die gerade von den Maßnahmen der Universitätsleitung der HU betroffen sind.

Das Studierendenparlament fordert die Leitung der HU auf, unverzüglich ihre Blockadehaltung bezüglich Vertragsverlängerungen von studentisch Beschäftigten aufzugeben und diese zu unbürokratisch zu verlängern. Diese Verlängerung soll anhand der bisher ausgeübten Tätigkeit fach- und sachgerecht in den TV-L eingruppiert werden.

Ferner fordert das Studierendenparlament, dass diese Stellen auch weiterhin Studierenden offen stehen und nicht – wie bereits angekündigt – Studierende bei der Neubesetzung ausgeschlossen werden sollen.

Weiterhin sollen auch Stundenaufstockungen für Mitglieder des Studentischen Personalsrats gewährt werden.

Darüber hinaus verurteilt das Studierendenparlament die derzeitige Praxis der HU-Leitung, studentisch Beschäftigte nicht zu verlängern. Dadurch verlieren diese kurzfristig ihr sicher geglaubtes Einkommen und ihr Studium ist akut gefährdet.“

Begründung:

Hier an der Humboldt-Universität in Berlin, wo vor wenigen Monaten erst ein neuer studentischer Tarifvertrag erkämpft wurde, werden von der Unileitung jetzt ganz besonders perfide Geschütze aufgeföhren: Nachdem sich einzelne Studierende erfolgreich in den TV-L eingeklagt haben, will die Unileitung nun massiv Stellen streichen, anstatt den korrekten Lohn zu zahlen. Damit versucht sie, nicht nur den TV-L, sondern auch den gerade erst erkämpften Tarifvertrag TVStud III sogar noch zu untergraben, indem Stellen einfach nicht mehr besetzt, laufende Ausschreibungen abgelehnt und weiterhin "für nötig erachtete" Stellen outgesourcet werden sollen.

Nicht nur, dass sich die Unileitung, respektive die Präsidentin Sabine Kunst, vor den Karren der AfD hat spannen lassen und ihre eigenen Student_innen auf Herausgabe von Namenslisten verklagt. Nicht nur, dass die Unileitung der HU versucht, die Autonomie der verfassten

Studierendenschaft zu untergraben, Satzungsänderungen zu erzwingen und in offene Konfrontation mit der gewählten Studierendenvertretung geht. (<http://www.refrat.de/article/news.vereinbarung.pm.2018.html>)

Nun wird die Situation noch weiter eskaliert, indem die Unileitung mit Stellenstreichungen droht bzw. diese sogar bereits umsetzt. Zum Hintergrund: Mindestens seit den 1990ern beschäftigt die HU studentische Mitarbeiter_innen rechtswidrig, um Lohnkosten zu sparen. Das heißt, dass studentische Mitarbeiter_innen, z.B. in der Bibliothek oder dem Computercenter als "studentische Hilfskräfte" im Sinne des § 121 des Berliner Hochschulgesetzes eingestellt werden, obwohl diese Tätigkeiten alle nicht von der Definition des Paragraphen erfasst werden. Eigentlich müssten all diese Stellen nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt werden, stattdessen werden nur die deutlich niedrigeren Löhne des studentischen Tarifvertrages (TVStud) gezahlt. Nachdem sich einzelne Studierende erfolgreich in den TV-L eingeklagt haben, will die Unileitung nun massiv Stellen streichen oder outsourcen, anstatt den korrekten Lohn zu zahlen. Das ist eine Unverschämtheit
sondersgleichen!
Für hunderte betroffene Studierende bedeutet das, plötzlich ohne Einkommen dazustehen.

Betroffen von dem Angriff der Unileitung sind auch Strukturen der studentischen Selbstverwaltung, wie die studentische Sozialberatung, die bisher in Kooperation mit der Uni vom Referent_innenRat (gesetzl. AStA) der HU angeboten wird. So wurde gerade erst die Ausschreibung einer Stelle in der Beratung für internationale Studierende einfach nicht genehmigt - die Stelle wird also demnächst unbesetzt sein und damit das Beratungsangebot für internationale Studierende eingeschränkt werden müssen. Noch perfider gestaltet es sich bei einer Stelle in der studentischen BAföG-Beratung, wo die Uni einem gewähltem Mitglied des studentischen Personalrats die entsprechende Stundenaufstockung verweigert, um die Personalratsarbeit machen zu können. Da studentische Beschäftigte an der Uni oft nur Verträge über 10h/Woche haben und auch bei der Wahl in den studentischen Personalrat weiterhin ihre eigentliche Beschäftigung ausüben können sollen, ist die bisherige Regelung, dass studentische Personalrät_innen anstatt der üblichen Freistellung, die Anzahl der Stunden für die Personalratsarbeit aus einem Kontingent obendrauf bekommen. Dies wird der Kollegin aus der studentischen Sozialberatung aber gerade verweigert - sie hat also nicht nur akut von einem Tag auf den anderen ihr Einkommen halbiert bekommen, sie steht nun auch vor der Frage, für welchen Teil ihrer Aufgaben - Beratung von Studierenden ODER Personalratsarbeit - sie sich nun entscheiden soll. Damit wird versucht, wichtige Strukturen der studentischen Selbstverwaltung gegen Gremien der studentischen Mitbestimmung auszuspielen! Dies kann und muss auch im Kontext zum „Transparenzstreit“ der Unileitung mit dem RefRat und damit auch in Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck betrachtet werden, der sich in der Berliner Humboldt-Universität immer deutlicher abzeichnet. Die Attacken auf studentische Strukturen, Gremien und erkämpfte Rechte reihen sich ein in eine immer länger werdende Liste von eigentlich absurden Vorkommnissen – wenn das nicht alles so bitter und teilweise auch gefährlich wäre.
Da wären zum Beispiel die haltlosen Vorwürfe einer bestimmten „unabhängigen“ Studierendenzzeitung, auf deren Tritt Brett Berliner AfDler_innen und FDPler_innen nur allzu gerne aufgesprungen sind, wie die zur angeblichen Intransparenz des RefRats (mehr hier: <http://www.refrat.de/article/news.transparenz.html>), das Kuschen der Unileitung vor AfD-Forderungen (siehe <http://www.refrat.de/article/news.Praesidium.klagt.html>) und anstatt sich schützend vor ihre Student_innen zu stellen, verklagt die Unileitung diese lieber im Sinne einer neoliberalen Umgestaltung à la AfD und noch dazu auf Herausgabe einer

Namensliste studentischer Vertreter_innen, nach der sich die Nazis in der AfD nur die Finger lecken. Auch das Übergehen des Statusgruppenvetos der Studierenden im akademischen Senat gegen die Einrichtung des Institutes für islamische Theologie in dessen geplanter Ausgestaltung gehört dazu (siehe <http://www.refrat.de/article/institut.html>). Mit all dem sollen emanzipatorische Kräfte an der HU geschwächt, linke Strukturen zerstört, Errungenschaften in der studentischen Selbstverwaltung und Mitbestimmung eingedampft und Studierende gegeneinander aufgehetzt und ausgespielt werden. Nicht zuletzt will Frau Kunst damit wohl entsprechend Einfluss auf die Umgestaltung des Berliner Hochschulgesetzes nach ihren Wünschen, wie eine der Unileitung genehmen „Anpassung“ des §121 an ihre „unternehmerischen Bedürfnisse“ nehmen und die Verfasste Studierendenschaft zu Satzungsänderungen zwingen, die rechten und neoliberalen Kräften in die Hände spielen. So bewegen wir uns anstatt auf eine soziale offene Hochschule zu, von dieser immer weiter weg. Deshalb gilt es sich jetzt zu vernetzen, zusammenzuschließen und sich gemeinsam gegen den Ausverkauf studentischer Rechte zu stellen. Organisiert Veranstaltungen, Aktionen und zeigt euch solidarisch mit betroffenen studentischen Beschäftigten und den Referent_innen des RefRats an der HU! <http://www.refrat.de/offenerbrief.html>

Der studentische Personalrat hat bereits weitere Infos veröffentlicht: <https://twitter.com/PRstudB>. Betroffene Studierende können sich zudem dort beraten lassen: <https://vertretungen.hu-berlin.de/de/prstudb>